



Zwischenruf

Einsatz für verfolgte Berufskollegen*

Rechtsanwälte sind weltweit in der Menschenrechtsbewegung besonders aktiv und darum auch besonders gefährdet. Sie übernehmen aktive Rollen in den Nichtregierungsorganisationen und Oppositionsgruppen in Unrechtsstaaten und sie verteidigen in vielen Fällen deren Opfer. Unterstützung von ihnen meist gleichgeschalteten und regierungstreuen Standesorganisationen haben sie nicht zu erwarten. Umso mehr sind sie auf Hilfe von Außen angewiesen. Ganz generell gilt: In Sachen Demokratie werden wir weltweit nur weiterkommen, wenn wir uns mit denen verbinden, die in diesen Staaten für diese Ziele kämpfen.

Anwälte sind für Unrechtsregime in besonderer Weise gefährlich und unangenehm, weil sie sich auf Rechte berufen, die die Regime zwar stolz vor sich hertragen, aber nicht anwenden. Wir in Mitteleuropa können hier alle Erfahrungen einbringen, die wir mit den osteuropäischen Diktaturen gemacht haben.

In vielen Fällen werden Anwälte, wenn sie sich für Opfer einsetzen, selbst zum Opfer. Der sudanesischer Anwalt Ghazi Suleiman z.B. wurde etwa 30-mal in den letzten Jahren verhaftet und gefoltert - und kämpft weiter. In nicht seltenen Fällen verschwinden Anwälte ohne Gerichtsverfahren. Ihre Berufsausübung wird ihnen verboten. Sie sind ganz auf sich allein gestellt. Hilfe durch öffentliche Meinung und freie Presse sind nicht zu erwarten. Neben Journalisten gehören Anwälte zu den gefährlichsten Personen in Unrechtsstaaten. Viele von ihnen verstehen sich als „Menschenrechtsverteidiger“ im Sinne der wichtigen VN-Revolution von 1998.

Wir sollten ihnen Unterstützung und Hilfe leisten, auch unter Inanspruchnahme des Internets. Es ist schon wichtig, wenn sie Gesprächspartner haben, mit denen sie sich austauschen können. Auch die Nichtregierungsorganisationen, wie Amnesty, unterhalten zahlreiche Kontakte zu Anwälten in vielen



• *Rechtsanwalt Gerhart R. Baum, Bundesminister a. D., war bis 1994 Bundestagsabgeordneter, von 1993 bis 1998 Leiter der Deutschen Delegation in der VN-Menschenrechtskommission sowie Berichterstatter für Menschenrechte im Sudan der VN (2001 bis 2003).*

Ländern. Diese Kontakte sollten genutzt werden - vor allem auch durch einzelne Anwälte in den Demokratien (Patenschaften!).

Immer wieder stoße ich bei den Menschenrechtsverteidigern auf Unverständnis, dass in den westlichen Demokratien - insbesondere nach dem 11. September - die Rechte von verdächtigen Personen, Angeklagten und Verteidigern eingeschränkt werden, und zwar dergestalt, dass die Grundprinzipien des Rechtsstaats verletzt werden. Hier werden die deutschen Sicherheitspakete ebenso erwähnt, wie der Patriot-Act in den USA und andere Gesetze in anderen Ländern. Wir können den Diktaturen in aller Welt keinen größeren Gefallen tun, als dass wir selbst beginnen, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu relativieren und das Strafrecht durch Kriegsrecht zu ersetzen. Damit werden die Menschenrechtsverteidiger noch schutzloser!

*Rechtsanwalt Gerhart R. Baum,
Köln*

* Kurzstatement in dem Expertengespräch „Rechtsanwälte im Einsatz für die Menschenrechte“ am 21.5.2004 auf dem Deutschen Anwaltstag in Hamburg.

Expertengespräch

Rechtsanwälte und Menschenrechte

Unter dem Motto „Rechtsanwälte im Einsatz für verfolgte Berufskollegen“ stand auf dem 55. Deutschen Anwaltstag am 21. Mai 2004 ein Expertengespräch der Freiburger Kommission für Menschenrechte des Vereins der Richter und Staatsanwälte und des Anwaltvereins Freiburg.

Mord, Angriffe gegen die eigene Person und gegen Familienangehörige sowie die Verweigerung der Aufklärung solcher Verbrechen kennzeichnen weltweit den Berufsalltag von zahlreichen Kollegen und Kolleginnen, die sich für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Der positiven Entwicklung einer verstärkten Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen steht die erhöhte Gefährdung von Rechtsanwälten, Richtern und Staatsanwälten gegenüber, die die Verantwortung von Regierungen, Militär und Polizei für diese Verbrechen aufdecken.

Bericht von Rechtsanwältin Estela Lopez

Die Freiburger Kommission für Menschenrechte des Vereins der Richter und Staatsanwälte und des Anwaltvereins Freiburg hat beim Deutschen Anwaltstag in Hamburg zum zweiten Mal eine Veranstaltung mit einer verfolgten Berufskollegin durchgeführt: Rechtsanwältin Estela Lopez aus Guatemala hat die gefährliche Anwaltschaftigkeit in Strafverfahren gegen höchste Verantwortliche der früheren Regierungen geschildert. Nach einem Mordversuch gegen ihren Vater und Angriffen gegen sie selbst musste sie das Land verlassen. Durch die Unterstützung von Kollegen in Spanien fand sie dort Aufnahme und die Möglichkeit einer Tätigkeit an der Universität.

Bereits am 09.12.1998 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung verabschiedet, in welcher Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Institutionen und Einzelpersonen aufgerufen werden, konkrete Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu ergreifen.



Menschenrechtsverteidiger sind oft Rechtsanwälte, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen vertreten. Ihre Tätigkeit kann vor Ort politisch, diplomatisch und finanziell unterstützt werden, damit sie so lange wie möglich ihren Einsatz für Menschenrechte fortsetzen können. Für solche Kollegen, die an Leib und Leben bedroht sind, sollten jedoch Bedingungen in den Nachbarländern und auch bei uns geschaffen werden, unter denen sie zeitweilig Zuflucht finden und ihre menschenrechtlichen Aktivitäten fortsetzen können.

Umsetzung der Resolution der Vereinten Nationen

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Roth, hat angekündigt, zur Umsetzung der Resolution der Vereinten Nationen Bund, Länder und Kommunen zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern aufzurufen.

Die Podiumsteilnehmer der Hamburger Veranstaltung, der Präsident des Deutschen Anwaltvereins Hartmut Kilger, die ehemaligen Minister Sabine Leutheusser Schnarrenberger und Gerhart Baum sowie der Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte Heiner Bielefeldt haben ihre Unterstützung für dieses Projekt zugesagt.

Aktive Solidarität von Berufskollegen bedeutet eine wichtige persönliche Stärkung für deren Arbeit und in Extremfällen die Rettung des Lebens der Kollegen.

*Rechtsanwalt Dr. Konstantin Thun,
Freiburg*

Kollegen und Kolleginnen, die auf örtlicher Ebene Interesse an der Unterstützung des Projektes haben, können weitere Informationen beim Autor (Gartenstraße 30, 79098 Freiburg; RA.Dr.Thun@beckert-thun.de) erhalten. Die Dokumentation der Menschenrechtsveranstaltung ist auf der Website des Freiburger Anwaltvereins eingestellt (www.freiburger-anwaltverein.de)